



Schrumpfende Bevölkerung – schrumpfender demokratischer Raum? Wie Demografie und Demokratie auf lokaler Ebene zusammenwirken

Die Zahlen: Daten von Eurofound verdeutlichen starke regionale Kontraste; Hälfte der Bewohner*innen im ländlichen Raum der EU fühlt sich von Regierungen vernachlässigt; Zufriedenheit mit Demokratie hier geringer als im EU-Durchschnitt und in Städten.

Zitat: „Abgehängt zu sein spiegelt harte Realität von Bevölkerungsschrumpfung, wirtschaftlicher Vulnerabilität und Stadt-Land-Kluft wider.“

Bettina Bock, Wageningen University & Research

Herausforderung: Wahrnehmung regionaler Dysbalancen verstärkt Zuspruch für Populismus; Spaltungstendenzen vor Ort und der Verlust von sozialen Räumen für Interaktionen der Gemeindemitglieder können die Polarisierung in schrumpfenden Regionen verschärfen.

Kernaussage: Schrumpfende Bevölkerung und Extremismus/Populismus sind nicht zwangsläufig verbunden; Kommunikation positiver Beispiele, Verständnis für Vielfalt ländlicher Gemeinden und Aufgeschlossenheit gegenüber Neuankömmlingen können Stereotypen über den ländlichen Raum entgegenwirken.

Das Jahr 2024 wird ein bedeutendes Wahljahr. Weltweit halten mehr als 60 Länder Wahlen ab, fast die Hälfte der Weltbevölkerung ist damit zum Wählen aufgerufen. Es ist auch ein wichtiges Jahr für die Demokratie in Europa, nicht nur wegen der im Juni stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament, sondern auch wegen der in den letzten Jahren beobachtbaren alarmierenden Zunahme der Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung mit den demokratischen und politischen Institutionen. Neben langfristigen regionalen Ungleichheiten und demografischen Veränderungen könnte auch der gefühlte Mangel an wirtschaftlicher und politischer Stabilität angesichts von „Polykrisen“ (Tooze 2022) wie der Covid-19-Pandemie, den Kriegen in der Ukraine und im Gaza-Streifen eine Herausforderung für die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt darstellen. Insofern steht 2024 die wichtige Frage auf der Tagesordnung: Inwieweit können die wachsende Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen und Zukunftsangst die europäischen Gesellschaften weiter spalten, polarisieren und antidemokratische und extremistische Gesinnungen verstärken?

Im Jahr 2023 brachte das Projekt [„Regionale Bevölkerungsvielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt vor Ort“](#) Expert*innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft aus ganz Europa zusammen, um über den Zusammenhang zwischen demografischem Wandel, regionalen Ungleichheiten und dem Anstieg antidemokratischer Einstellungen zu diskutieren. In einer Reihe von Online-Workshops sprachen die Expert*innen über den beunruhigenden Zulauf zu populistischen Parteien in verschiedenen europäischen Regionen als eine Form des „Protests“ gegen die jeweils vorherrschenden Lebensbedingungen sowie über wirksame (Gegen-)Maßnahmen der Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene. In diesem Policy Brief werden die politikrelevanten Ergebnisse dieses transdisziplinären und transnationalen Dialogs auf Basis von wissenschaftlicher Evidenz und den Erfahrungen aus der Praxis zusammengefasst.

Regionale und demografische Ungleichgewichte

Die sozialen und politischen Anliegen schrumpfender und ländlicher Gemeinden stehen seit Langem ganz oben auf der Agenda von Politiker*innen und Expert*innen in ganz Europa (COM (2021) 345 final). Sie haben erkannt, dass viele ländliche Gebiete sowie wirtschaftlich an den Rand gedrängte Städte und Gemeinden in einem Teufelskreis gefangen sind aus Bevölkerungsschrumpfung, dem dadurch bedingten Rückgang der verfügbaren finanziellen

Ressourcen und infolge dessen der Kürzung der öffentlichen, kulturellen und gesundheitlichen Dienstleistungen, die zur Versorgung ihrer rasch alternden Bevölkerung benötigt werden. Auch der öffentliche und der private Sektor sind vom Bevölkerungsrückgang betroffen, da es immer schwieriger wird, Menschen mit den benötigten Qualifikationen für entsprechende Aufgaben zu rekrutieren. Die Bevölkerung ländlicher und schrumpfender Regionen ist hier in der Tat exponierter als in prosperierenden Regionen, wenn ein Abbau von Dienstleistungen, lange Fahrzeiten für die Inanspruchnahme von Gesundheits- und Bildungsleistungen und ein niedrigeres Wohlbefinden als in den Städten in der Wahrnehmung der eigenen Lebenswirklichkeit vorherrschen.

Eine wachsende Anzahl von Bewohner*innen von unterversorgten Regionen kritisieren, dass ihre Stimme und ihre Anliegen von den Entscheidungsträger*innen nicht gehört werden, zumal sich ihr politisches Gewicht als Wähler*innen aufgrund der schrumpfenden Bevölkerung verringern kann. Diese Unzufriedenheit spiegelt sich zunehmend im schwindenden Vertrauen in die nationalen Regierungen und in der Unzufriedenheit der Landbewohner*innen in der gesamten EU mit der Demokratie wider (Eurofound, 2022). In den Niederlanden beispielsweise leiden Randregionen wie Zeeuws-Vlaanderen, die Veenkoloniën, Kop van Noord-Holland und Parkstad Limburg unter demografischen Ungleichgewichten und einem Abbau von Dienstleistungen, und das Vertrauen in Institutionen und Politik ist hier geringer als im Rest des Landes (Rat für Umwelt und Infrastruktur, Rat für öffentliche Verwaltung, Rat für öffentliche Gesundheit und Gesellschaft, 2023). In vielen schrumpfenden und unterversorgten Regionen Bulgariens, Kroatiens, Ungarns, Polens und Rumäniens sind das Vertrauen in die Institutionen und die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den städtischen Zentren alarmierend niedrig, wobei insbesondere auf dem Land lebende Jugendliche der Wahl fernbleiben (Slavkova et. al., 2022).

Regionale Ungleichheiten und politische Angebotsstrukturen: Wer vertritt die lokalen Interessen?

Eine wachsende Zahl von Wählern in wirtschaftlich und sozial marginalisierten Regionen fühlt sich von den traditionellen Parteien und politischen Strukturen nicht beachtet und sogar im Stich gelassen (Rodriguez-Pose, 2018; Dijkstra et. al., 2019). Entsprechend verlieren die traditionellen Parteien viele Mitglieder und Unterstützer vor Ort. Populistische und extremistische Bewegungen können sich

die lokale Unzufriedenheit zunutze machen, indem sie sich als Stimme der lokalen Bevölkerung und als Sprachrohr gegen die gefühlte Dominanz der (städtischen) Eliten präsentieren. Der Wahlerfolg der sogenannten „Bauer-Bürger-Bewegung“ (BBB) bei den Provinzwahlen 2023 in den Niederlanden zeigt, dass sowohl wirtschaftliche als auch kulturelle Faktoren für den Aufstieg populistischer Bewegungen in ländlichen und schrumpfenden Regionen verantwortlich sind. Sie präsentieren sich als Stimme des ländlichen Raums und der Landbevölkerung, deren Lebensweise und Identität ansonsten übersehen würde.

In vielen schrumpfenden Regionen haben die Einwohner*innen den Eindruck, dass es ihnen an Möglichkeiten für Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement mangelt. Aufgrund des Mangels an räumlichen und organisatorischen Kapazitäten sehen es zivilgesellschaftliche Gruppen außerhalb der Ballungsräume in ganz Europa als schwieriger an, Bürgerbeteiligung zu organisieren und aufrechtzuerhalten (Muti, 2023; Slavkova et. al., 2022). Infolge der Austeritätspolitik und des Fachkräftemangels fehlt es in vielen kleineren Gemeinden und Städten an der erforderlichen Anzahl von Freiwilligen, erfahrenen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen oder an Pädagog*innen, die über das Wissen und die Fähigkeiten verfügen, um einen positiven Wandel in ihren Gemeinden zu unterstützen. Für zivilgesellschaftliche Organisationen ist es nach wie vor eine Herausforderung, insbesondere wenn sie unterfinanziert sind, Gemeindemitglieder zu aktivieren und jüngere Einwohner*innen einzubinden. Diese haben zudem eine höhere Anfälligkeit für politische Radikalisierung. Vor allem junge Männer werden in schrumpfenden Regionen oft als „Zurückgelassene“ stigmatisiert, während andere demnach die Möglichkeit genutzt haben, die Region zu verlassen. Erstere gelten daher als empfänglicher für extremistische Ideologien und werden von spalterischen politischen Bewegungen ins Visier genommen.

Zivilgesellschaft und soziale Räume können Populismus und Polarisierung entgegenwirken

Die Zivilgesellschaft kann eine entscheidende Rolle bei der Stärkung von Teilhabe, Integration und sozialem Zusammenhalt auf lokaler Ebene spielen. Viele schrumpfende Gemeinden verlieren soziale Räume (wie etwa das Wohnhaus, einen Gemeinderaum oder andere Treffpunkte), in denen Gemeindemitglieder aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zusammenkommen und sich austauschen können. In Anbetracht der stark polarisierenden

Wirkung disruptiver Politikansätze verstärkt der Verlust dieser sozialen Räume die Spaltung und das wechselseitige Misstrauen innerhalb der Gemeinden. Je weniger Interaktion und Austausch über unterschiedliche Standpunkte, desto höher die Gefahr, dass der enger werdende Kreis der lokalen Zivilgesellschaft in Echokammern von Gleichgesinnten gefangen bleibt. Darüber hinaus können lokale Themen und Diskussionen, wie z. B. die Umstellung auf grüne Energie und Infrastrukturprojekte, von einer disruptiven Politik vereinnahmt werden, und bestehende soziale Räume, wie etwa Jugendzentren oder Sportvereine, können von extremistischen Ideologien und Gruppen unterwandert werden.

Die Zivilgesellschaft kann jedoch Wege finden, die Menschen zusammenzubringen und der Polarisierung und Spaltung entgegenzuwirken. [The Talking Shop](#), ein stillgelegter Laden in einer alten Bergbaugemeinde in Südwales, der in einen Treffpunkt und ein Informationszentrum umgewandelt wurde, ist ein gutes Beispiel dafür. Er bietet ein breites Spektrum an kreativen Programmen, die von Künstler*innen, Partnerorganisationen und Fachleuten geleitet werden, sowie eine Gelegenheit zum zwanglosen Austausch bei Tee und Kaffee. Der Shop bietet einen Raum, in dem Gespräche über die dringlichsten gesellschaftlichen und politischen Themen (wie die zunehmende Einsamkeit, drohende Generationenkonflikte oder Aspekte der Stadterneuerung) jenseits von politischer Parteinahme oder Parteizugehörigkeit möglich gemacht werden. Dieses erfolgreiche partizipatorische Modell wird auch in kleineren Städten und Dörfern in Form von „mobilen Talking Shops“ umgesetzt, um das Zusammenwirken und den Dialog der Ortsansässigen zu fördern.

Zusammenarbeit und Kontinuität sind entscheidend für den sozialen Zusammenhalt. Eine längerfristige Finanzierung stellt deshalb für die Zivilgesellschaft eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt der sozialen Räume vor Ort, die Stärkung und Erweiterung ihrer Netzwerke sowie den Erwerb von erforderlichem Wissen und neuen Fähigkeiten dar. Die Zivilgesellschaft kann der Polarisierung und dem Extremismus entgegenwirken, indem sie die Kommunikation zwischen den Gemeindemitgliedern fördert, als Moderator für den Dialog mit anderen fungiert und Vertrauen zwischen lokalen Behörden und Gemeinden aufbaut. Die Pflege wertschätzender und nachhaltiger Beziehungen zur Zivilgesellschaft durch regelmäßige Treffen oder die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen und kommunaler Führungspersonlichkeiten kann den lokalen Behörden dabei helfen, mit den Bürger*innen über dringende und auch schwierige lokale und regionale Probleme im Gespräch zu bleiben.

Neue Narrative des sozialen Zusammenhalts und der Integration

Mit der Unterstützung der lokalen Zivilgesellschaft kann zugleich eine Förderung lokaler Identitätsangebote und ortstypischer Lebensweisen einhergehen. In den jüngsten Debatten werden ländliche oder schrumpfende Gebiete häufig mit Extremismus und Rassismus in Verbindung gebracht, zugleich deren Bewohner*innen in unterschiedlicher Art und Weise als „rückständig“ stigmatisiert. Neben der wirtschaftlichen Marginalisierung können derartige Verallgemeinerungen ein starker „Push“-Faktor für jüngere Bewohner*innen oder Zugewanderte sein, diese Gegend zu verlassen. Viele ländliche und kleinstädtische Gebiete ziehen jedoch kurz- oder langfristig Neuankömmlinge an, was zu einer Vielfalt kultureller und sozialer Praktiken vor Ort führt. Dementsprechend sollten Initiativen vor Ort ihre Alltagserfahrungen mit Formen des „lokalen Kosmopolitismus“ (Woods, 2018) (im Sinne einer praktizierten Weltoffenheit) sowie die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile kultureller Vielfalt und internationaler Netzwerke stärker in den Vordergrund rücken.

So nutzt beispielsweise der [Gaelic Sports Club](#), ein Verein zur Förderung traditioneller gälischer Sportarten in Ballyhaunis, einer kleinen ländlichen Stadt in Irland, Elemente lokaler Identität und örtlicher Traditionen, um die Mitglieder der Gemeinschaft zusammenzubringen und zugleich Neuankömmlinge willkommen zu heißen. In der einst aufgrund der Abwanderung junger Menschen schrumpfenden Region haben die Stadt und die umliegenden Dörfer seit Anfang der 2000er-Jahre erfolgreich Programme zur Aufnahme von Geflüchteten und zur Gewinnung von Migrant*innen durchgeführt. Ballyhaunis hat in den nationalen und internationalen Medien Schlagzeilen damit gemacht, ein positives Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zu verzeichnen und Neuankömmlinge erfolgreich in das „lokale“ Leben zu integrieren. Durch gezielte Maßnahmen wie die Organisation von „Inklusionsteams“ und Veranstaltungen zur Förderung traditioneller Sportarten unter Neuankömmlingen ist es gelungen, die lokale Identität und das lokale Leben lebendig zu halten und gleichzeitig Zugezogenen und Alteingesessenen die Möglichkeit zu geben, gemeinsame Ziele zu verfolgen und sich als Teil derselben Gemeinschaft zu fühlen.

Ein LGBTIQ+-Festival in A Ulloa, einem Verbund von drei schrumpfenden Gemeinden im spanischen Galizien, ist ein weiteres Beispiel für die Einbeziehung von Diversität in die Entwicklung und das Leben vor Ort. Das [Agrocuir Festival](#), eine lokale Initiative, die ursprünglich mit einer privaten Feier des „Pride Day“ begann, hat sich zu einem internatio-

nen Fest ländlicher Vielfalt entwickelt. Einheimische und Besucher*innen kommen in den Genuss lokaler Musiktraditionen sowie von Auftritten nationaler und internationaler Künstler*innen, während die lokale Gemeinde im Rahmen des Festivals eine Vielzahl von Initiativen und Vorträgen zu den Themen Gemeinsamkeit, selbstbestimmte Ernährung oder Schutz des lokalen Erbes organisiert. Wenig überraschend, wird dagegen in Gemeinden, in denen eine negative Einstellung zu Neuankömmlingen und zur Zuwanderung vorherrscht, auch eine mangelnde Integration zwischen alteingesessenen Gemeindemitgliedern und Zugezogenen wahrgenommen.

Begrenzttes Humankapital kann lokale Behörden bei der Konzeption und Umsetzung evidenzbasierter Maßnahmen zur Verbesserung der Integration vor eine Herausforderung stellen. Allerdings können Governance-Strukturen mit mehreren Entscheidungsebenen, internationale und nationale Kooperationsgeflechte, Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, Initiativen zur gemeinsamen Nutzung von vorhandenen Ressourcen sowie zukunftsweisende Ideen den Kommunen helfen, strukturelle Hindernisse zu überwinden (Yilmaz und Conte, 2024). So hat beispielsweise die Stadt Dessau-Roßlau trotz schrumpfender Bevölkerung und wirtschaftlicher Probleme dank der Umsetzung einer Politik, die unter anderem auf die Zusammenarbeit mit den nationalen und regionalen Verwaltungskörperschaften und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft baute, ihre Integrationsziele erreichen können. Eine Initiative der Kommunalverwaltung, der Zivilgesellschaft und privater Akteur*innen, das Bündnis [„Vielfaltsgestalter*innen“](#), befasst sich mit Themen der demografischen Vielfalt (Alter, ethnische Zugehörigkeit, Bildung, Geschlecht und sexuelle Identität), bietet Diversitätstrainings für die Kommunalverwaltung und große Arbeitgeber an und fördert soziale und kulturelle Veranstaltungen, die Menschen zusammenbringen.

Die Einbeziehung privater Akteur*innen, wie beispielsweise Unternehmen, in Integrations- und Inklusionsmaßnahmen kann in der Tat für lokale Gemeinschaften von Vorteil sein: Der Arbeitsplatz kann eine entscheidende Rolle bei der Teilhabe und der Eingliederung von Zuziehenden in die Gemeinschaft vor Ort spielen, wenn Unternehmen und Arbeitgeber*innen die Vielfalt am Arbeitsplatz wirksam steuern und gemeinsame Initiativen mit der Zivilgesellschaft und den lokalen Behörden durchführen. Das Programm [„Civics Scout at Work“](#) des CIVICS Innovation Hub ist ein gutes Beispiel dafür, wie Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen zu aktiven Akteuren des Wandels werden können, indem sie gezielt Elemente der bürgerschaftlichen Bildungsarbeit zur Förderung von Empowerment, Antidiskriminierung und interkulturellen Kompetenzen anbieten.

Der Zusammenhang zwischen regionalen Ungleichheiten und dem Zuspruch für spaltende und populistische Politikansätze ist also weder unvermeidbar noch unumkehrbar. In Österreich gibt es beispielsweise keinen eindeutig messbaren Zusammenhang zwischen dem Wahlerfolg populistischer Bewegungen und den Wahlergebnissen in grenznahen Gebieten oder deindustrialisierten Städten, die in der Politik oft als „abgehängte“ Gebiete identifiziert wurden. Ähnlich ist es in Schweden, wo bei den jüngsten Kommunal- und Parlamentswahlen die Unterstützung für populistische und migrationsfeindliche Parteien und Kandidat*innen in vielen schrumpfenden Regionen dank lokaler Initiativen und Strategien gering gehalten werden konnte. In Deutschland gelang es 2024 einem Bündnis lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen und lokaler Aktivist*innen mit dem Namen „Dorfliebe für alle“, die Wähler*innen im ostdeutschen Saale-Orla-Kreis bei einer Rekordwahlbeteiligung gegen den rechtsextremen Landtagskandidaten zu mobilisieren.

Empfehlungen für Politik und Interessensgruppen

- Ein stärkerer Fokus auf wichtige Akteure des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“: Bemühungen um die Förderung bürgerschaftlicher Aktivitäten und bürgerschaftlichen Engagements vor Ort werden in Diskussionen über den sozialen und regionalen Zusammenhalt häufig in ihrer Bedeutung unterschätzt. Die Politik und die Finanzierungsprogramme der EU und der Mitgliedsstaaten sollten sich stärker auf bürgerschaftliche Initiativen als wichtige Komponente des sozialen Zusammenhalts fokussieren und diese aktiver unterstützen.
- Priorisierung von Integrations- und Eingliederungsmaßnahmen: Die Zersplitterung von Integrationsmaßnahmen und -bemühungen in den verschiedenen Regionen stellt eine Herausforderung für Verwaltungen und Gemeinden mit geringen Ressourcen dar. Lokale Vorhaben sollten von regionalen Verwaltungen und Regierungen mit klaren Integrations- und Eingliederungszielen unterstützt werden.
- Generalisierungen entgegenreten: Stereotypen und Verallgemeinerungen in Zusammenhang mit ländlichen Gebieten führen dazu, dass lokale Besonderheiten, aber auch ein möglicherweise bereits vorhandenes Zugehörigkeitsgefühl der Gemeinschaft vor Ort unterschätzt werden. Begriffe wie „abgehängt“ verstetigen das Stigma und die „Kluft zwischen Stadt und Land“,

zugleich werden dabei die möglicherweise auch in Städten vorhandenen Ungleichheiten unterschlagen sowie weitere, das Zusammenleben vor Ort prägende Faktoren von Diversität (wie soziale oder ethnische Herkunft beziehungsweise Geschlechterrollen) nicht hinreichend berücksichtigt.

- Politische Aktivierung der Gesellschaft vor Ort: Koalitionen demokratischer Kräfte mit der Zivilgesellschaft und, wo nötig, parteiunabhängige Wahlvorschläge auf lokaler Ebene können Wähler*innen für mehr sozialen Zusammenhalt gewinnen und bei Wahlen eine Alternative zu spaltenden Politikansätzen anbieten.
- Schulung lokaler Behörden und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Umgang mit Rechtspopulismus im lokalen Kontext. Verwaltungen und Arbeitgeber*innen können von Diversitäts- und Antidiskriminierungsprogrammen profitieren, die von regionalen oder nationalen Verbänden und Organisationen angeboten werden.

Quellen

Council for the Environment and Infrastructure, Council for Public Administration, Council of Public Health & Society (2023). *Every region counts! A new approach to regional disparities*. The Hague.

Eurofound (2022). *Living, working and COVID-19, e-Survey, Runde 5*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

Dijkstra, L., Poelman, H. und Rodríguez-Pose, A. (2019). *The geography of EU discontent*. *Regional Studies*. 54. 1-17. [10.1080/00343404.2019.1654603](https://doi.org/10.1080/00343404.2019.1654603).

Muti, Ö. (2023). *Bevölkerungsvielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Was funktioniert auf lokaler Ebene?* Policy Brief Nr. 40, Berlin: Max-Planck-Gesellschaft/Population Europe.

Woods, M. (2018). *Precarious rural cosmopolitanism: Negotiating globalization, migration and diversity in Irish small towns*. *Journal of Rural Studies*. 64. 164-176.

Yilmaz, S. und Conte, C. (2024). *Toolbox: Local Strategies for Effective Migrant and Refugee Integration*. Migration Policy Group and Whole-COMM Project.

Dieser Policy Brief fasst die Diskussionen während zweier Workshops im Oktober und November 2023 sowie wertvolle Beiträge teilnehmender Expert*innen zusammen: **Başak Yavçan** (Migration Policy Group), **Bettina Bock** (Wageningen University & Research), **Caroline Hornstein Tomić** (Ivo Pilar Institute of Social Sciences und THE CIVICS Innovation Hub), **Daniele Karasz** (Technische Universität Wien), **Eliška Drápalová** (WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), **Eter Hachmann** (Stadt Dessau-Roßlau), **Harald Weilnböck** (Cultures Interactive e.V.), **Jamuna Oehlmann** (Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus), **Louisa Slavkova** (THE CIVICS Innovation Hub – Sofia Platform Foundation), **Michael Woods** (Aberystwyth University), **Shaban Sidratu Jah** (European Network of Women of African Descent – SLW).

Impressum

Herausgeber: Max Planck Society for the Advancement of Science on behalf of the collaborative network "Population Europe"

Technische Koordination: Öndercan Muti

Lektorat: translate24.de

Titelbild: © Maria Petrish/adobestock

Layout: Karen Olze

ISSN: 2512-6164

Kontakt: Population Europe Secretariat,
Markgrafenstraße 37, 10117 Berlin, Germany

Tel: +49 (0)30 2061 383 30

Email: office@population-europe.eu

Web: www.population-europe.eu

© 2024 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. im Namen des Netzwerks Population Europe. Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht zwingend die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wider.

Zitate sind zulässig, sofern das Netzwerk Population Europe als Quelle genannt wird.

Artikel, Auszüge und Abbildungen dürfen nur zu nichtkommerziellen Zwecken reproduziert werden. Bitte lassen Sie uns ein Belegexemplar zukommen.

Finanziert durch die Stiftung Mercator

STIFTUNG
MERCATOR